

tensatz strengere Maßstäbe angelegt wurden: Hier wurden nur die Geburten berücksichtigt, bei denen die Mutter bereits mindestens neun Monate vor der Geburt schon vor Ort wohnte (und damit auch schon in der Frühschwangerschaft potentieller ionisierender Strahlung ausgesetzt war). Eine intensive, behördliche Auswertung der Melderegister für den kompletten Zeitraum in unterschiedlichen räumlichen Bereichen, die insbesondere aufgrund der Abluft sowie der Neutronenstrahlung potentiell unterschiedlich belastet sind, wäre notwendig, um den An-

fangsverdacht der Beeinflussung des Genpools der benachbarten Bevölkerung näher zu untersuchen.

Darüber hinaus erscheinen weitere Untersuchungen ratsam, die auch andere mögliche Einflüsse und Wirkungen untersuchen. Hier ist insbesondere die Kinderkrebsrate zu nennen, da die KIKK-Studie im 5-km-Umkreis um AKWs in Deutschland eine signifikante Erhöhung der Krebsrate bei Kindern festgestellt hat. Eine kleinräumige Krebsstudie zu den Krebserkrankungen von Kindern (sowie Erwachsenen) im 5-km-

Umkreis um den Thuner Industriestandort fehlt bislang.

1. Orzack, Steven Hecht, et al. The human sex ratio from conception to birth. Proceedings of the National Academy of Sciences, 2015, 112. Jg., Nr. 16, S. E2102-E2111.

2. United Nations Scientific Committee on the Effects of Atomic Radiation (UNSCEAR), 1958 Annex H: The Genetic Effects of Radiation, p. 180.

3. SAADAT, M. No change in sex ratio in Ramsar (north of Iran) with high background of radiation. Occupational and environmental medicine, 2003, 60. Jg., Nr. 2, S. 146-147.

4. TERRELL, Metrecia L.; HARTNETT, Kathleen P.; MARCUS, Michele. Can environmental or occupational hazards alter the sex ratio at birth? A systematic review. Emerging health threats journal, 2011, 4. Jg.

5. SCHERB, Hagen; VOIGT, Kristina. The human sex odds at birth after the atmospheric atomic bomb tests, after Chernobyl, and in the vicinity of nuclear facilities. Environmental Science and Pollution Research, 2011, 18. Jg., Nr. 5, S. 697-707.

6. R CORE TEAM. R: A language and environment for statistical computing. R Foundation for Statistical Computing, 2015), Vienna, Austria.

URL <http://www.R-project.org/>. ●

Berlin, 20. Juni 2015: „Atommüll ohne Ende – Teil 2“

Atommüll-Tagung der Bürgerinitiativen für eine andere Atommüll-Politik statt Pseudo-Dialog der Atommüll-Kommission

Kein Vertrauen in den behördlichen Umgang mit Atommüll und die Regulierungs-Fähigkeiten der Politik.

Seit einem Jahr tagt in Berlin die Atommüll-Kommission des Deutschen Bundestages. Viele Atomkraftgegnerinnen und -gegner sind empört darüber, wie die Kommission zustande kam, wie sie zusammengesetzt ist und wie sie arbeitet. (Strahlentelex hatte mehrfach ausführlich berichtet.) Bisher gab es keine geeignete Gelegenheit, diese Empörung öffentlich zu zeigen. Das ändert sich jetzt. Am 20. Juni 2015, mehr als ein Jahr nach Beginn und nur ein halbes Jahr vor dem gesetzlich vorgesehenen Ende ihrer Arbeit, will die Atommüll-Kommission eine „Auftaktveranstaltung“ zur Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger an der Suche eines Endlagerstandortes für hochradioaktive Abfälle veranstalten. In der letzten Mai-Woche wurde das mitgeteilt und am 3. Juni war bereits Anmeldeschluß. Diskussionsthemen sollen ein „Betei-

ligungskonzept der Kommission“ und – wie es heißt – „sieben spannende inhaltliche Themen“ sein.

Das ist kein ernstgemeinter Auftakt, hier wird der „Auftakt“ nachgeschoben, meinen die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg und die atomkritische Initiative „ausgestrahlt“. Das sei eher eine Beteiligungs-Simulation, denn schon bisher habe sich die Kommission wenig dafür interessiert, was die von der Atommüll-Lagerung aktuell und zukünftig betroffenen Bürgerinnen und Bürger denken und wollen. Abgesehen vom BUND für Umwelt und Naturschutz Deutschland und der Deutschen Umweltstiftung werde sich aus Anti-Atomgruppen, Umweltverbänden und Standortinitiativen kaum jemand in diese Alibi-Veranstaltung einbinden lassen. Damit jedoch Politik und Medien

aus deren Abwesenheit nicht den falschen Schluss ziehen, daß sich niemand für das Atommüll-Thema interessiert und echte Mitbestimmung der Betroffenen somit auch gar nicht nötig sei, findet zeitgleich in Berlin die Tagung „Atommüll ohne Ende – Teil 2“ dieser Initiativen statt.



http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=14147



www.atommuellreport.de

www.atommuellreport.de

Unabhängig von der Atommüll-Kommission des Deutschen Bundestages haben diese Initiativen kontinuierlich zu diesem Thema gearbeitet. Mit der Tagung „Atommüll ohne Ende“, die im März 2014 in

Berlin stattfand¹, hatten sie deutlich gemacht, daß das Atommüll-Desaster viele Regionen und viele Menschen betrifft und ohne eine umfassende und demokratische Beteiligung der Öffentlichkeit beim Umgang mit dem Atommüll keine gesellschaftliche Lösung in Sicht ist. In der Folge haben Anti-Atom-Initiativen den Atommüll-Report vorgelegt – eine schonungslose Bilanz des Atommüll-Desasters.

Am 20. Juni 2015, parallel zur Veranstaltung der Atommüll-Kommission des Deutschen Bundestages, werden die Initiativen deshalb zu einer großen Tages-Veranstaltung in Berlin zusammenkommen und diese Arbeit fortsetzen.

Wir werden über die akuten Atommüll-Probleme überall im Land sprechen, wir werden die Atommüll-Politik der Bundesregierung kritisch beleuchten, wir werden unsere Kritik an der Kommission formulieren, wir werden diskutieren, welche Bedingungen es für eine ernsthafte Beteiligung der Betroffenen braucht, heißt es in der Einladung zu dieser Tagung der Initiativen an alle Interessierten.

Die Veranstalter wissen: Es gibt viele Menschen, die sich

¹ www.strahlentelex.de/Stx_14_6_52-653_S11-12.pdf

über Atommüll informieren und darüber reden wollen – jedoch nicht nach den einseitig gesetzten Spielregeln der Kommission. Die öffentliche Aufmerksamkeit am 20. Juni 2015 für die Konflikte rund um den Atommüll soll nicht der Kommission und ihrer Pseudo-Beteiligung überlassen bleiben. Der Titel der Veranstaltung „Atommüll ohne Ende – Teil 2“ nimmt Bezug auf die Tagung der Umweltverbände im März 2014 in Berlin, an deren Diskussionen angeknüpft werden soll.

.ausgestrahlt – gemeinsam gegen Atomenergie und Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg: Tagung „Atommüll ohne Ende – Teil 2“, 20. Juni 2015, 11-17 Uhr, Berlin, Tagungszentrum Pfefferberg, Schönhauser Allee 176.

http://www.bi-luechow-dannenberg.de/?page_id=14147

Anmeldungen bitte an

tagung@ausgestrahlt.de

Teilnahmebeiträge (inklusive Mittagessen) nach Selbsteinschätzung: Solidaritätspreis: 50 Euro, Normalpreis: 30 Euro, Sozialpreis: 10 Euro, Notfalls: 0 Euro. Beiträge (und Spenden) bitte mit dem Vermerk „Atommüll ohne Ende – Teil 2“ überweisen an: Bürgerinitiative Umweltschutz, IBAN DE91 258 501 100 230 042 798 Sparkasse Uelzen Lüchow-Dannenberg, BIC: NOLA DE21UEL.

Bürgerinitiative kritisiert Halbzeitbilanz des BUND

Eine Halbzeitbilanz der Arbeit in der Endlagerkommission des Deutschen Bundestages legte der Umweltverband BUND jetzt vor.² Umweltverbände und Anti-Atom-Initiativen hatten die Mitarbeit in der Kommission abgelehnt, weil sie eine umfassende Atommülldebatte und die Aufarbeitung der Fehler der Vergangenheit als Voraussetzung zu einem Neustart in der Endlagersuche gesehen hatten. Daß Gorleben weiter im Suchverfahren bleibt und im

Standortauswahlgesetz (StandAG) als potentieller Atommüll-Endlager festgeschrieben wurde, war ein weiterer wesentlicher Kritikpunkt. Der BUND hatte sich über diese Einwände hinweggesetzt und seinen stellvertretenden Bundesvorsitzenden Klaus Brunsmeier in die Kommission entsandt. Seitdem, so Brunsmeier, arbeite der BUND „für ein besseres Suchverfahren mit echter Bürgerbeteiligung und ohne eine Bevorzugung von Gorleben.“ An anderer Stelle heißt es: „Wir arbeiten daran, nachteilige Entscheidungen bezüglich des Salzstocks Gorleben (wie z.B. durch eine einseitige Verlängerung der Veränderungs-sperre) zu verhindern.“

Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) stellt dazu fest, der BUND habe sich von seinen Vorsätzen weit entfernt. Versprochen habe Brunsmeier auf einer Veranstaltung in Lüchow, sich für eine schnelle Evaluation des StandAG einzusetzen, um den ungeeigneten Salzstock Gorleben als Endlagerstandort zu streichen und damit den Weg freizumachen für einen tatsächlichen Neustart der Endlagersuche. „Geblichen ist das klägliche Bestreben, für Gorleben eine Gleichbehandlung mit anderen potentiellen Standorten zu erreichen“, hält BI-Sprecher Wolfgang Ehmke dem BUND vor. Von einer schnellen Evaluation könne zur Halbzeit der Kommissionsarbeit nicht mehr die Rede sein, wenn sogar schon der Abschlussbericht in Arbeit sei: „Diese Bilanz dient allein der Rechtfertigung, warum der BUND in diesem Gremium verweilt.“

Alle anderen Themen, die der BUND auf seiner Positivliste anführt, hätten Anti-Atom-Initiativen durch ihre beharrliche Arbeit der Kommission aufgedrängt. Der BUND schreibt, es sei wichtig, „dass der gesamte Atommüll in den Blick genommen wird und dass die realen Probleme beim

aktuellen Umgang mit dem Atommüll Ausgangspunkte der Arbeit sein müssen“ und dass in der Kommission über ein wirksames Verbot des Exports von hochradioaktivem Atommüll debattiert wird.

„Daran arbeiten die lokalen Anti-Atom-Initiativen mit Nachdruck und sie haben mit dem Atommüllreport eine fundierte Übersicht über das gesamte Atommüll-desaster vorgelegt“, erklärt BI-Sprecher Wolfgang Ehmke. Diese eigenständige Linie werde weiter verfolgt mit der Tagung „Atommüll ohne Ende – Teil 2“ der Umweltverbände und Standort-Initiativen am 20. Juni 2015.

Bundeskabinett beschließt Änderungen des Atomgesetzes

Proteste gegen das Nationale Atommüll-Entsorgungsprogramm

Das Bundeskabinett hat am 27. Mai 2015 den Entwurf eines 14. Gesetzes zur Änderung des Atomgesetzes auf den Weg ins Parlament gebracht. Damit soll die Richtlinie 2011/70/Euratom des Rates vom 19. Juli 2011 über einen Gemeinschaftsrahmen für die nukleare Entsorgung umgesetzt werden. Im Kern geht es um die Verpflichtung zur Erstellung eines Nationalen Entsorgungsprogramms (NaPro). Die Bürgerinitiative Umweltschutz Lüchow-Dannenberg (BI) hatte dazu bereits im April eine Stellungnahme abgegeben. Für die Gorleben-Gegner besteht die behauptete „nationale Strategie für eine verantwortungsvolle und sichere Entsorgung abgebrannter Brennelemente und radioaktiver Abfälle“ lediglich auf dem Papier. BI-Sprecher Wolfgang Ehmke: „Zwischenlager werden zu Dauerlagern und als Reserve für alle Fälle wird das Bergwerk Gorleben offengehalten, um alle Problemabfälle, die nicht „konradspezifisch“ sind, zusammen mit hochaktivem Müll dort zu verbuddeln.“ Verantwortungsvoll wäre es, als ersten Schritt

die Produktion weiteren Atommülls zu beenden und eine nationale Debatte über das Atommüll-desaster zu eröffnen.

In der Region um das geplante Endlager für schwach- und mittelaktive Abfälle hat der Entwurf des NaPro die Menschen ganz besonders aufgerüttelt. Klammheimlich sollte die Auslegung des Nationalen Atommüll-Entsorgungsprogramms an der Öffentlichkeit vorbeigehen. Daß sich die Öffentlichkeit jetzt jedoch breit beteiligt, liegt vor allem an der Offenbarung, in das umstrittene Atommüll-Lager Schacht KONRAD viel mehr und ganz anderen radioaktiven Müll einlagern zu wollen. In einem bundesweit einzigartigen Bündnis haben die Stadt Salzgitter, die IG Metall, das Landvolk und die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad unter dem Motto „KONRAD stoppen statt erweitern“ gemeinsam mehrere zehntausend Unterschriften und Stellungnahmen gesammelt, die am 28. Mai 2015 dem Staatssekretär im Bundesministerium für Umwelt, Naturschutz, Bau und Reaktorsicherheit (BMUB) Jochen Flasbarth übergeben wurden. „Die Endlager-Kommission des Bundestages kann reden was sie will, die Bundesregierung schafft einfach Fakten und versucht die Probleme wegzudefinieren“, erklärte Peter Dickel für die Arbeitsgemeinschaft Schacht Konrad. ●

Atomwirtschaft

Ewigkeitskosten

Die Bildung einer Atomstiftung zur Deckung der künftigen Kosten für die Verwahrung des Atommülls wird zu einer Verstaatlichung zumindest des Energieversorgers RWE führen. Das erklärte der parteilose frühere Bundeswirtschaftsminister und heutige Vorsitzende der RAG-Kohle-stiftung, Werner Müller, in einer Rede am 29. Mai 2015 auf

² http://www.bund.net/themen_und_projekte/atomkraft/atommuell/kommission/zwischenbilanz/